

Kantonsrat des Kantons Zug
c/o Staatskanzlei
Regierungsgebäude
6301 Zug

Vorlage Nr. 3781.1
Laufnummer 17799
Eingang 20. August 2024

Zug, 20.08.2024

Kleine Anfrage der SVP-Fraktion zur Unterbringung von Asylanten in Menzingen

Sehr geehrte Dame und Herren Regierungsräte

Kürzlich informierte der Regierungsrat darüber, dass er beabsichtigt, in Menzingen im Gebäude Maria vom Berg, 100 Asylanten unterzubringen. Nachdem die Unterbringung von Asylanten auf dem Gubel damals für grosse Probleme sorgte (Sicherheit, Delikte, Polizei und Feuerwehreinsätze etc.), wollen wir wissen, inwiefern der Regierungsrat diese für die Bevölkerung sehr unangenehmen Begleiterscheinungen von Asylzentren zu verhindern gedenkt und wie die Regierung die Sicherheit der Anwohner und der Besucherinnen der Kantonsschule Menzingen gewährleisten will.

1. Wie viele Asylanten muss der Kanton Zug in den Jahren 2024, 2025 und 2026 vom Bund übernehmen?
2. Handelt es sich ausschließlich um Personen mit abgeschlossenem Asylverfahren und positivem Asylentscheid? Falls nicht, wie ist der Status dieser Personen?
3. Warum hat sich der Regierungsrat nicht dafür eingesetzt, dass in Menzingen ausschließlich Familien untergebracht werden? Wie ist das Verhältnis von Familien und Einzelpersonen?
4. Wie lange soll dieser Standort als Asylunterkunft dienen?
5. Wie wird die Sicherheit der Anwohner/innen und die der Schüler/innen der Kantonsschule garantiert?
6. Wie hoch sind die direkten und indirekten Kosten für den Kanton und für die Gemeinde Menzingen?
7. Der Kanton Zug ist ein Geberkanton, hat sich die Zuger Regierung dafür eingesetzt, keine weiteren oder weniger Asylanten übernehmen zu müssen, falls ja, wie und falls nein, warum nicht?
8. Die Asylpolitik der Schweiz ist gescheitert, sie ist vom Schutz von Kriegsvertriebenen zur großzügigen Helferin illegaler Migration verkommen. Wie setzt sich die Zuger Regierung in Bern gegen diese Entwicklung ein?
9. Wie schätzt der Regierungsrat die Konsequenzen ein, wenn sich der Kanton Zug weigert, diese 100 Asylanten aufzunehmen?
10. Sieht der Regierungsrat die Verweigerung der Aufnahme als Option? Falls nicht, warum nicht?

SVP-Fraktion
KR Thomas Werner